



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Zeile 1,- Reichsmark Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Reallohn und Konjunktur.

Wenn die Arbeiterchaft eine Lohnbewegung einleitet, muß sie hören, daß sie wieder einmal die Konjunktur gefährdet. — also all das Elend der Krise selbst heraufbeschwört. Nur sind wir gewohnt, daß die Unternehmer alles behaupten und „beweisen“, was ihnen in den Kram paßt. Es ist auch leicht nachzuweisen, daß sie in dieser Frage den wirklichen Sachverhalt auf den Kopf stellen.

Der Wellengang der kapitalistischen Wirtschaft, der Wechsel zwischen Konjunktur und Krise, ist lange als eine Naturnotwendigkeit betrachtet worden. Es gab eine Zeit, in der man allen Ernstes die Sonnenflecken dafür verantwortlich machte. Das ist gerade kein gutes Zeichen für den Scharfsinn der bürgerlichen Nationalökonomie und der Blattister der kapitalistischen Wirtschaft. Heute ist sich wohl die ernstzunehmende Wissenschaft darüber klar, daß die ständigen Störungen auf ein Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch zurückzuführen sind, das bei einiger Einsicht und etwas gutem Willen nahezu ausgeglichen werden kann.

Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist viel größer als ihre Ausnützung. Leerstehende Fabriken, müde Hände und auf der anderen Seite Mangel an allem zum Leben Notwendigen. Woran das liegt? Waren gibt es genug, aber sie finden keine Käufer, die sie bezahlen können. Der Bedarf ist da, — wenn nur die Kaufkraft vorhanden wäre, könnte die Wirtschaft aus ihrer Lähmung gerissen werden. Hebung der Kaufkraft ist darum die wichtigste Voraussetzung für die Entfaltung der produktiven Kräfte.

Was für die ganze Entwicklung der Wirtschaft gilt, trifft ebenso für den kleinen Abschnitt zu, den man Konjunktur nennt. Durch eine Steigerung der Nachfrage, die auf sehr verschiedene Ursachen zurückgehen kann, wird die Konjunktur eingeleitet. Die einmal in Gang getretene Produktion wächst rasch an. Gemäß steigt auch die Kaufkraft der breiten Masse. Hunderttausende bekommen Arbeit und auch das Lohnniveau wird etwas erhöht werden, — aber im ganzen bleibt doch die Kaufkraft weit hinter der Produktionssteigerung zurück. Die Erzeugung wächst stärker als der Verbrauch. Das Mißverhältnis zwischen beiden nimmt rasch zu. Der Markt wird gefüllt, schließlich überfüllt. Die Einschränkung der Produktion, die Krise mit Arbeitslosigkeit und Lohnruhr, läßt sich dann nicht mehr vermeiden.

Eine vernünftig geleitete Wirtschaft müßte also in erster Linie danach streben, Erzeugung und Verbrauch ins Gleichgewicht zu bringen und darin zu erhalten. Die Anpassung kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen. Entweder wird die Produktion soweit gedrosselt, daß sie dem niedrigen Stand der Kaufkraft entspricht — diese Methode wird besonders von den Kartellen der Unternehmer angewendet, — oder die Kaufkraft wird entsprechend der wachsenden Erzeugung gehoben — das ist das Ziel der Gewerkschaften. Beide Wege sind praktisch möglich. Man kann nicht zweifeln, welcher nicht nur im Interesse der Arbeiterchaft, sondern im Interesse der ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gegangen werden sollte.

Die gegenwärtige Konjunktur befindet sich in der Phase der Hochspannung. Eine verheißene Wirtschaftspolitik kann in kürzester Frist einen empfindlichen Rückschlag bringen, wird aber der richtige Weg eingeschlagen, dann ist nicht einzusehen, warum sie nicht, mit Ausnahme kleiner Schwankungen, durchgehalten werden kann. Voraussetzung hierfür ist, daß man zwischen Erzeugung und Verbrauch kein so großes Mißverhältnis entstehen läßt, daß dessen gewalttätiger Ausgleich durch eine Krise kommen muß.

Bei den letzten Wirtschaftsdebatten im Reichstag ist auch diese Frage zur Erörterung gekommen. Schon im Oktober hatte der völksparteiliche Reichswirtschaftsminister Curtius geäußert, daß er im Zurückbleiben der Kaufkraft nach keine Gefahr für die Konjunktur sehe, sondern daß Schwierigkeiten eher vom Kapital-

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder.

Auch in diesem Jahre will der Verbandsvorstand den am härtesten unter der Ungunst der Zeit leidenden Kolleginnen und Kollegen eine kleine Weihnachtsfreude bereiten. Nach den gemachten Erfahrungen ist diese Maßnahme des Verbandsvorstandes von den Mitgliedern immer mit voller Befriedigung aufgenommen worden. Nirgendwo werden in Kollegenkreisen die aus irgendeinem Grunde Erwerbslosen zu Weihnachten vergessen, überall wird und soll ihrer gedacht werden, fast in jedem Orte sind Sammlungen eingeleitet, um den bedürftigen Kolleginnen und Kollegen eine bescheidene Hilfe zur Weihnachtsfreude zu gewähren. Dazu will auch der Verbandsvorstand wieder beitragen, ein Schimmer Freude soll in das Heim unjener arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder zum Weihnachtsfest wenigstens kommen. Die Weihnachtsunterstützung soll im selben Ausmaße zur Auszahlung gelangen, wie im vor gen Jahre, und zwar, wie schon gesagt, an arbeitslose, ausgesteuerte, kranke und invalide Mitglieder. Eine für die zu unterstützenden Mitglieder als Verbesserung in Betracht kommende Verringerung ist aber insofern beschlossen worden, als die Unterstützungssätze nicht unter drei Mark betragen sollen. Es kommen zur Auszahlung an:

Arbeitslose.

Jedes arbeitslose Mitglied, das in der Woche vom 19. bis 24. Dezember d. J. arbeitslos gemeldet ist, erhält eine Weihnachtsunterstützung nach folgenden Bestimmungen:

Unterstützungsberechtigte Arbeitslose erhalten denselben Satz an Weihnachtsunterstützung, den sie für die Woche vom 19. bis 24. Dezember als laufende Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Ausgesteuerte Arbeitslose erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie in der letzten Unterstützungswoche für sechs Tage als Arbeitslosenunterstützung bezogen haben.

Noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder erhalten für sechs Tage den Satz der Arbeitslosenunterstützung ihrer Beitragsklasse, den sie nach 52wöchiger Beitragsleistung beziehen würden.

mangel zu erwarten seien. Er hat diese Ansicht noch nicht geändert, — die Zahlen, die er aber zu ihrer Begründung angibt, sprechen deutlich gegen ihn. Die Lebenshaltungskosten stiegen von 1422 im Oktober 1926 auf 150,2 im Oktober 1927, das heißt um 5,6 Proz. Die Produktion ist aber um wenigstens 20 bis 25 Proz. gewachsen. Daraus kann man ersehen, in welchem gewaltigen Umfang die Gewinne zugenommen haben müssen, denn von einer Erhöhung der Löhne in diesem Ausmaße hat kein Arbeiter etwas gemerkt.

Auf die Dauer kann dieses Mißverhältnis nicht aufrechterhalten bleiben. Entweder die Industrie geht von selbst zur Produktions Einschränkung über, wenn sich die ersten Zeichen der Verstopfung der Märkte zeigen — das ist der Weg in die neue Krise hinein —, oder es wird die Kaufkraft entsprechend gehoben. Vorläufig ströben sich die Industriellen mit aller Kraft dagegen. Wenn sie im Lauf des nächsten Jahres den gleichen Widerstand zeigen, hängt die Konjunktur in erster Linie von der Macht der Gewerkschaften ab, die Lohn erhöhungen erzwingen.

Den „Führern der Wirtschaft“, die auf ihre Leistungen so stolz sind, kann es gleichgültig sein, wie sie sich gegen die Krisen helfen wenn sich nur ihre Gewinne nicht schmälern. Für die Arbeiterchaft aber gibt es nur einen Weg, die Hebung der Kaufkraft, und nur ein Mittel, den Zusammenschluß in starken Gewerkschaften, die ihre Ziele ertämpfen können und nicht auf die Einsicht und den guten Willen der Unternehmer angewiesen sind.

In jedem Falle aber muß die zur Auszahlung kommende Sonderunterstützung mindestens drei Mark betragen.

Für jedes Kind bis zu 14 Jahren erhalten die Arbeitslosen aller drei vorgenannten Gruppen außerdem noch einen Zuschlag von zwei Mark.

Kranke.

Alle in der Woche vom 19. bis 24. Dezember d. J. im Krankenstand befindlichen Mitglieder, die keine Krankenunterstützung vom Verbands mehr beziehen — also ausgesteuert sind —, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie für sechs Tage als Krankenunterstützung nach ihrer Beitragsklasse und Mitgliedsdauer beziehen würden. Auch sie erhalten für jedes Kind bis zu 14 Jahren einen Zuschlag von zwei Mark.

Invalide.

Alle Arbeits- und Altersinvaliden, für die die Voraussetzungen des § 5 Ziffer 4 des Verbandsstatuts zutreffen, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag, den sie für sechs Tage Arbeitslosenunterstützung in der Beitragsklasse beziehen würden, in der sie vor ihrer Invalidität Beiträge geleistet haben. Sie erhalten ebenfalls für jedes Kind bis zu 14 Jahren einen Zuschlag von zwei Mark.

Auch für ausgesteuerte kranke und invalide Mitglieder ist der Mindestbetrag auf drei Mark ohne die Kinderunterstützung festgesetzt worden.

Die Hilfsbereitschaft der Kollegenschaft am Ort soll natürlich durch den Beschluß des Verbandsvorstandes in keiner Weise eingeengt werden. Die zu unterstützenden Mitglieder werden es gemäß nicht ablehnen, wenn durch Sammlungen oder Extrabeiträge die vom Verbandsvorstand ausgelegten Beträge noch erhöht werden. In der Not hat der Arbeiter nur einen Freund, seine Kollegen und den Verband. Ihre Hilfe ist willkommen, sie kränkt und beschämt nicht. Erweisen wir also unsern Kolleginnen und Kollegen jetzt gern die kleine Freude, wer weiß, ob sie beim nächsten Male nicht uns helfen müssen.

Das Schlichtungswesen.

II.

Der Zwangstarif.

Mit dem Zwangstarif (oder Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs) erhält das Schlichtungswesen seine große Bedeutung und Problematik. Unter Zwangstarif verstehen wir die Herbeiführung einer Kollektivvereinbarung (Tarifvertrag) gegen den Willen einer, eventuell beider beteiligten Tarifparteien. Die Nichtzustimmung zum Schiedspruch wird durch die Verfügung, ein Schiedspruch wird Geleht. Gegenüber dem normalen Zustandekommen eines Tarifvertrages sehen wir eine Veränderung insofern, als der Staat in der Lage ist, von sich aus den Inhalt der Tarifverträge zu bestimmen, so daß die Parteien oder Organisationen beim Zustandekommen eines Tarifvertrages ganz oder zum Teil ausgeschaltet werden können und ferner das Streit- und Ausspernungsrecht eine Beschränkung erfährt. Sind diese drei Hauptpunkte nun mit dem gewerkschaftlichen Streben in Einklang zu bringen.

Die Schlichter bzw. der Reichsarbeitsminister sind Organe des Staates. Die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs durch Organe des Staates kommt also einer Tariffestsetzung durch die Staatsgewalt gleich. Wir haben schon bei der Betrachtung der Schlichtung gesehen, daß der Staat Interesse für die ausgebrochenen Arbeitsstreitigkeiten hatte und durch Schlichtungsversuche hier eingriff. Diesen Schlichtungs-

versuchen gleißelt der Staat die zwangsweise Belegung der Streikfreien an. Durch das Schlichtungswesen kann also die Staatsgewalt sich nicht nur in den Vertragsabschluss einmischen, sondern ihn von sich aus beenden. Wir haben weiter oben den Staat das Recht der Einmischung in Arbeitsverhältnisse zuerkennen und haben fern- auch festgestellt, daß der Staat auch Träger zur Ausübung des Tarifvertragsgedankens geworden war (Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918). Es lag nun eigentlich im Sinne gewerkschaftlicher Bedankungen, wenn der Staat dazu überging, auch Maßnahmen zu schaffen, die dem Tarifvertragsgedanken Geltung verschaffen. Ein Mittel war der Zwangstarif. Stellen wir also zuerst fest, daß der Zwangstarif Mittel ist, um den Tarifvertragsgedanken auch denen nahe zu bringen, die aus Prinzip oder liberaler Tradition heraus den Abschluß von Tarifverträgen ablehnen. Dies bedeutet für die Gewerkschaften zweifellos einen Erfolg, denn es lag ja auf dem Wege gewerkschaftlichen Strebens, dem Kollektivprinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Groß war zwar schon die Zahl der Organisationen, die auf Grund ihrer organisatorischen Stärke den Abschluß von Tarifverträgen durchsetzten hatten, aber um vieles größer waren die Arbeitermassen, die nicht unter einen Tarifvertrag fielen. Unter den letzteren finden wir hauptsächlich Angehörige der ungelerten Schichten und der Metallindustrie.

Bedeutet somit nach der einen Seite hin der Zwangstarif eine Förderung gewerkschaftlicher Gedankengänge, so können jedoch auch große Nachteile für die gewerkschaftlichen Organisationen entstehen. Diese Nachteile liegen besonders in der Möglichkeit einer staatlichen Lohnpolitik, die wider die Interessen der Gewerkschaften gerichtet sein kann. Wir wissen, daß in der politischen Kräfteverteilung sich jeweils die ökonomischen Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Die kapitalistische Schicht hat heute außerdem einen großen Vorteil durch die staatliche Bureaufratie, die dieser Schicht ein politisches Übergewicht gibt. Es besteht also fortwährend die Möglichkeit, daß die uns entgegengekehrten Kreise mit Hilfe der Staatsmacht ihre prinzipialistischen Grundzüge der Tarif- und Lohnpolitik jeweils nach ihrem Ermessen durchziehen. Allerdings können wir hier einschalten, daß die verbundenen wäre mit dem Bruch ihrer bisherigen Gesinnung, die ja den Tarifvertrag überhaupt ablehnt.

Die Befehr einer staatlichen Lohnpolitik ist in der Praxis teilweise statt geworden, aber sie hat sich nicht durchsetzen können. Dem entgegen stehen ja gerade die sozialen Kräfte, die von den Arbeiterorganisationen ihren Weg in alle Zweige des staatlichen Lebens finden und sich hier Anerkennung und Geltung verschaffen. Grundtätlich können wir folgern, daß es Aufgabe der Arbeiterbewegung sein wird, durch starke Organisationen ihre gesellschaftlichen Kräfte zu festigen und somit ihren Einfluß auf die Staatsgewalt zu erweitern.

Der von uns angezogene zweite Punkt war die Ausschaltung einer oder mehrerer Parteien beim Tarifabschluss. Diese Ausschaltung besteht im Schlichtungswesen nicht prinzipiell, sondern nur graduell. Sie besteht bei der letzten Entscheidung. Das ist nicht ungefährlich. Aber hier einen Ausweg finden, wird zu den größten Schwierigkeiten des Schlichtungswesens gehören. In letzter Zeit hat es sich in einigen Unternehmerkreisen herausgebildet, daß man aus Prinzip alle Schlichtungsangebote ablehnt hat. In diesem Fall ist der Selbstauschluß bei der Entscheidung nur eine sich selbst auferlegte Strafe, für die man zu büßen hat. Zu den vielen Anregungen, die zur Ausgestaltung des Schlichtungswesens gemacht worden sind, ist eine hierhergehörige besonders beachtenswert, und zwar fordert man, daß in Zukunft nur noch die Arbeitnehmer-

organisationen die Verbindlichkeitsverklärung eines Schlichtungsbeschlusses beantragen können. Diesem Vorschlag kann ohne weiteres stattgegeben werden. Er würde nicht nur den sozial benachteiligten Arbeitnehmern zur weiteren Realisierung ihrer Kräfte verhelfen, sondern auch dem Schlichtungswesen ein gut Teil seiner Problematik nehmen.

Nach all dem Gesagten wird es sich erstüben, über die Beschränkung des Streik- und Aussperrungsrechts noch vieles zu sagen. Streik und Aussperrung sollen ja immer nur letzte Kampfmittel sein. Wird das Schlichtungswesen seiner Aufgabe gerecht, und entspricht der Schlichtungsbescheid einem solchen Resultat, wie es bei offenem Kampf auch nicht hätte anders werden können, dann wäre es unnötig durch Streik oder Aussperrung die Situation zu verschärfen. Anders steht es aber, wenn das Resultat diesem Grundgedanken entspricht. In diesem Fall sind der Gewerkschaft die Hände gebunden und sie eines ihrer wichtigsten Mittel, des Streikrechts, beraubt. Hier ist ohne Zweifel eine der größten Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die Argumentation von dem immerwährenden Durchziehen der tatsächlichen Kräfteverhältnisse gibt uns auch hier die Gewißheit, daß das Streikrecht nur solange gefestigt sein könnte, bis die Muskeln eines stark eingetragenen Körpers die ihn in seiner freien Entfaltung hemmenden Fesseln sprengen. Man muß sich nun vornehmen, Vorteile und Nachteile des Schlichtungswesens zu beurteilen, es wird sich kein endgültiges Resultat herausfinden lassen. Zwar können wir der Meinung Ausdruck geben, daß die Gewerkschaften grundsätzlich dem Gedanken des Schlichtungswesens zustimmen. Problematisch ist für uns der Zwangstarif. Aus der Sammlung praktischer Erfahrungen können wir bis heute leider noch keine endgültige Revidierung und Beurteilung ansetzen. Hier verhält es sich so, daß die Unternehmer zu allen Zeiten und die Arbeiter zu gewissen Zeiten gegen den Zwangstarif Sturm laufen. Zu denken gibt hier immerhin, daß circa 90 Proz. aller beantragten Verbindlichkeitsverträge von Arbeitnehmern kommen. Dies ist aber nicht ein Zeichen der Bequemlichkeit in der Lohnpolitik, sondern zeigt, wie wichtig für uns das Schlichtungswesen sein kann.

Aufgabe des Schlichtungswesens ist es nicht, mit Hilfe der Staatsgewalt schon sozial Bevorrechteten neue Vorteile zu verschaffen, sondern sozial und wirtschaftlich Schwache gegen die Ausbeutung durch private Interessen zu schützen. Dies Ziel erreichen wir um so eher, je mehr es gelingt unsere Organisationen zu verbessern. Nämlich die Gewerkschaftsbewegung an Kräften gewinnt, um so mehr wird das Schlichtungswesen an Problematik verlieren.

Der Tod an der Schnellpresse.

Die Gefahren des elektrischen Stromes.

Es kommt oft vor, daß durch Fehler in den elektrischen Anlagen, z. B. durch defekte Isolation und dergleichen, ganze Maschinen, Heizungsröhren u. dgl. unter Spannung gesetzt werden. Andere Einrichtungsgegenstände wie Rohrleitungen usw. haben wiederum direkte Verbindung mit der Erde. Wenn ein Mensch die Verbindung zwischen der unter Spannung stehenden Maschine und der geerdeten Rohrleitung durch zufällige gleichzeitige Berührung herstellt, so wird ihn ein Strom durchfließen. Wie sich Unfälle dieser Art auswirken können, zeigte die Unternehmung eines tödlichen Unfalles durch nur 110 Volt Drehstrom.

Eine 55jährige Frau puhte an einer erst seit 3 Wochen neuangestellten Buchdruck-Schnellpresse. Der Maschinenmeister richtete vorn an der Form zu. Die Schnellpresse war durch einen schmalen Gang von der Wand, an der Heizrohre entlang führten, getrennt.

Zufälligerweise berührte die Frau beim Puhen der Maschine diese Heizrohre und erhielt einen kräftigen elektrischen Schlag. Sie teilte diesem dem Maschinenmeister mit, der daraufhin ebenfalls Maschine und Heizrohr anfaßte und die gleiche Wahrnehmung machte, daß es stark kribbelte. Er bemerkte daraufhin, daß er nachher dem Obermeister berichten wolle und arbeitete an der Zurichtung seiner Form weiter. Nach ungefähr einer Viertelstunde bemerkte er zufällig, daß die Frau in dem schmalen Gang zwischen Maschine und Wand lag. Auf Ruf bewegte sich diese nicht. Er rief den Obermeister und dieser setzte sich sofort telefonisch mit der Sanitätswache in Verbindung, von wo er die Anweisung erhielt, nichts in der Lage der Verunglückten zu ändern, da der Arzt bald erscheinen werde. Derleibe erst nach ungefähr 20 Minuten, ließ die Frau aus dem Gang hervorholen und stellte den Tod fest und zwar, da er einen blauen Fleck teilsweise des linken Auges in der Nähe der Schläfe bemerkte, durch Schlaganfall. Später nahm die Leiche von der rechten Kopf- und Halsseite starke Brandwunden wahr, die die Vermutung aufkommen ließen, daß der Tod nicht durch Schlaganfall hervorgerufen war. Es wurde daraufhin auch vom Polzeiarzt — der zuerst gerufene Arzt hatte angeblich keine Zeit — der Tod durch elektrischen Strom festgestellt, die Leiche daraufhin leiert. Hierbei wurde starker Blutgehalt des Hirngewebes festgestellt, der die Erklärung für den Tod durch elektrischen Strom gab. Durch Sachverständige ist der Unfallvorgang geklärt worden:

Der Antriebsmotor der Buchdruck-Schnellpresse stand auf der Grundplatte dieser Maschine. Die Schutzkappe über den Motor-Anschlußklemmen hatte so geringen Abstand von den Kabelschrauben der Zuleitungsleitungen, daß sie durch die Vibration der Maschine mit einem Kabelschuh Kontakt bekam. Damit hatte Motorgehäuse und die ganze Buchdruck-Schnellpresse Verbindung mit einem Pol, stand also unter Spannung. Zufällig bestand in der Belaglage des Betriebes an einem anderen Pol starker Erdchluß, so daß zwischen der Maschine und dem Heizrohr volle Spannung herrschte. Die Frau, die sich an diesem Tage unwohl fühlte, ist entweder durch einen Schwindelanfall oder indem sie stolperte, zwischen Schwungradabdeckung der Buchdruck-Schnellpresse und Heizrohre gefallen, mit der rechten Halsseite an der Heizrohre anliegend, mit dem linken Auge an der Schwungraddecke. Ein verhältnismäßig kurzer Stromdurchgang durch das Gehirn war damit gegeben.

Der Vorgang ist in vieler Beziehung recht lehrreich. Vor allem widerlegt er die volkstümliche Ansicht, daß eine derart niedrige Spannung von 110 Volt ungefährlich ist. Erfahrungsgemäß kann jeder Strom über 42 Volt gefährlich werden. Er gibt ferner einen Beweis von der großen Gefahr starker Erdchlüsse, festsetzt in der elektrischen Anlage, die neben der Gefährdung von Menschenleben auch großen wirtschaftlichen Schaden verursachen, müssen nach Kenntnis in jedem Falle schnellstens dem Vorgelegten gemeldet und behoben werden und nicht erst nach technischen Störungen oder Unfällen.

Recht eigenartig erscheint die Anweisung der Sanitätswache, die Verunglückte bis zum Eintreffen des Arztes unberührt zu lassen. Es ist zwar anzunehmen, daß gerade in diesem Falle die Anwendung künstlicher Atmung erfolglos geblieben wäre, weil der Stromverstoß direkt durch das Gehirn ging. Dennoch widerspricht die Anweisung der Sanitätswache direkt den Grundgedanken der ersten Hilfeleistung. Wiederlebendversuche haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie sofort vorgenommen werden. Der Verunglückte soll möglichst nicht erst transportiert werden. Zunächst ist der Strom auszuschalten. Ist dies nicht

Weltanschauung und Literatur.

In allen Kreisen des Volkes wird besonderer Wert gelegt auf die „Weltanschauung“, die der einzelne hat; danach wird sein Wert bemessen, danach wird er behandelt oder mißhandelt, je nachdem, ob er derselben oder der extrem entgegengesetzten „Weltanschauung“ huldigt. Der Streit der Meinungen spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Wir finden ihn in wissenschaftlichen Kreisen ebenso hartnäckig geführt wie in politischen; ja selbst in den einzelnen religiösen Gemeinschaften (Katholiken, Protestanten, Juden, Mohammedaner, Buddhisten, Brahminen) ruht der Streit nicht, obwohl alle diese Religionen Liebe und Duldsamkeit als oberstes Glaubensgesetz haben. Sobald Fanatismus hinzukommt, ist der Streit da, überall: in der Wissenschaft, in der Politik, in der Religion. Jeder behauptet, seine Weltanschauung sei die richtige; er sucht dafür zu werden, und er tut recht daran; denn wenn man erst einmal wirklich eine Weltanschauung hat, d. h. wenn man von der Richtigkeit seiner Weltanschauung überzeugt ist, dann soll man auch für sie werden.

Es fragt sich nur, welche Weltanschauung die wirklich richtige ist. Kann man bei der Wahl einer Weltanschauung nicht irren? Nein, das kann man nicht, weil bei der Weltanschauung keine Wahl gelassen ist. Eine Weltanschauung, die nur „gewählt“ wurde, ist für den Betreffenden, der sie erwählte, keine richtige Weltanschauung. Die muß man durch Erfahrung erwerben, wobei es außerdem wesentlich darauf ankommt, wo man im Leben lebt, wie man erzogen wurde, in welchen Verhältnissen man lebt. Wenn man von dieser Ansicht aus die Weltanschauungen Andersdenkender betrachtet, dann wird man duldsam gegen sie, sobald man dessen gewiß ist; jene vertreten ihre Weltanschauung in ehrlicher Überzeugung. Das ist jedoch sehr schwer festzustellen,

weil man keinem ins Herz schauen kann. Man muß sich darauf beschränken, die betreffenden zu beobachten, ob ihre Taten mit ihren Worten und Lehren im rechten Einklang stehen. Durch dieses fortwährende Beobachten der Menschen erlangt man im Laufe der Zeit eine gewisse Menschenkenntnis, und je mehr man Umgang mit fremden Menschen hat, desto größer wird die Menschenkenntnis werden können. Die eine Hauptverbindung für die selbständige Weltanschauung ist.

Natürlich spielt für die Weltanschauung jedes Menschen in erster Linie seine Erziehung und sein Umgang eine wesentliche Rolle. Dazu gehört auch die Literatur, die Bücher, Zeitschriften und nicht zuletzt die Tageszeitung, die gelesen wird. Zwar behaupten viele Zeitungen, besonders sie seien parteilos oder unparteilich. Für keinen dieser Art trifft unter dem Sammelnamen „Generalanzeigerpresse“. Dem zumerflamen und freilich einseitigen Beobachter indessen wird die Tendenz jener Blätter oder nicht entgehen. Doch gehört zu solcher kritischen Einstellung eine gewisse Vorbildung auf literarischem Gebiete, die den Betreffenden dazu befähigt, Vergleiche anzustellen und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

Der Arbeiterstand ist das im ganzen genommen gerade nicht so leicht gemacht. Die Gründe dafür sind dieselben, die im ersten Aufsatz: „Der Arbeiter und die Literatur“ bereits angegeben wurden. Zwar glauben sehr viele Arbeiter, wenn sie irgendeine politische Zeitung lesen, dann sind sie hinreichend mit Weltanschauung versehen. Aber damit ist noch nicht erwiesen, daß sie auch wirklich eine Weltanschauung haben. Um zu einer eignen Weltanschauung zu kommen unabhängig von allen auf jeden Menschen einwirkenden Weltanschauungen, ist es unbedingt nötig, sich vorzuerheben an die sich hier und da geltend machen und unterzuziehen, welche Weltanschauung

für uns am besten ist und zugleich aber auch der Allgemeinheit Wohl nicht außer acht läßt. Eine schwierige Aufgabe; gemäß! Aber sie ist lohnend.

Welcher Weltanschauung aber soll sich der Arbeiter zuwenden? Diese Frage wird vielen, besonders jüngeren, vorschweben. Es gibt doch bestimmt mehrere Weltanschauungen, die den Arbeitern als gut gepriesen und empfohlen werden. Ehe sich aber jemand entscheidet, sollte er die einschlägige Literatur der ihm am nächsten liegenden Weltanschauung studieren. Um jedoch nicht einseitig unterrichtet zu sein, muß man daneben aber hinterher sich auch noch mit den Lehren anderer Weltanschauungen vertraut machen, vielleicht vorerst auch nur mit denen, die der Arbeiterstand nahesteht. Will man aber zu einem ausgereiften und abschließenden Urteil kommen, dann ist es notwendig, sich mit gegnerlichen Weltanschauungen zu beschäftigen. Das hat zugleich noch den Vorteil, daß man den Gegner genau abwägen und einschätzen lernt, seine Beweggründe erfährt, nach denen man selbst dann seine Maßnahmen einrichten kann. So manches falsche und schiefe Urteil über den Gegner wird unterbleiben, wenn erst die Wahrheit der Arbeiter hier nach verfahren. Aus den Fehlern in der Weltanschauung der Gegner sollen wir lernen, unsere eigenen zu verbessern und die Waffen zu schmieden, die zur Befreiung der Arbeiter aller Länder notwendig sind.

Eine aussterbende Rasse?

(D.R.) Es gehört geradezu zum ernen Bestand europäischer, also auch deutscher „Rassen“, wenn man behauptet, daß die Indianer eine aussterbende Rasse sind. Nun ist allerdings von vornherein sicher, daß die überwiegende Mehrzahl aller dieser, die von „Indianern“ sprechen, jene nordamerikanische Bevölkerung im Auge hat,

Soziale Bewegung in Deutschland.

Arbeitsmarkt und Arbeitskämpfe.

Die Verhältnisse am deutschen Arbeitsmarkt haben sich während der letzten Wochen nicht einheitlich verändert. Bis Mitte Oktober war ein Anhalten der Besserung zu verzeichnen, die für das ganze Jahr 1927 charakteristisch war, seitdem aber ist eine Verschlechterung eingetreten. Dies war zu erwarten, da mit Beginn des Winters stets die Beschäftigung in den Außenberufen abnimmt und die Notstandsarbeiten, die fast ausschließlich Bauarbeiten darstellen, notgedrungen eingeschränkt werden müssen. Gegenüber 518 264 Hauptunterstützungsempfängern der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge Mitte September 1927 gab es am 15. Oktober nur noch 442 453, am 31. Oktober aber bereits wieder 456 137, d. h. die Zahl aller unterstützten Arbeitslosen ist in der zweiten Oktoberhälfte um etwa 3,1 Proz. gestiegen. Rechnet man dazu noch die Notstandsarbeiter (Mitte September 93 000, Mitte Oktober 74 600, 31. Oktober 69 000), so wurden am 31. Oktober immer noch etwa 525 000 Menschen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt. Heute weniger als bisher läßt sich aber aus diesen Zahlen ein Schluß auf die tatsächliche Unbeschäftigtheit des Arbeitsmarktes in den letzten Wochen ziehen; denn nach der Neuordnung der Krisenfürsorge vom 28. September 1927 werden nur die Angehörigen bestimmter Berufe nach ihrer Aussteuerung aus der Erwerbslosen- in die Krisenfürsorge übernommen. Alle anderen scheiden also heute noch viel früher als vor der Neuordnung aus der Unterstützung und damit auch aus der Statistik aus.

Unverändert tröstlos ist auch heute die Lage der Angehörigen. Während die Zahl der arbeitenden Arbeiter vom Januar bis 1. Oktober 1927 von 2 278 809 auf 695 781 zurückging, also um 69,5 Proz., betrug die Abnahme der Stellungsfindenden Angehörigen in der gleichen Zeit nur 33,4 Proz. (von 257 500 auf 171 586). Im Januar 1927 war jeder zehnte Arbeitsuchende ein Angestellter, am 1. Oktober jeder fünfte.

Abnahme der Arbeitslosigkeit, andauernd gute Beschäftigung der meisten Industriezweige einerseits, ständig steigende Lebenshaltungskosten andererseits haben mit Notwendigkeit zu einer Reuebelung der Arbeitskämpfe geführt, die schon in den letzten Berichten festzustellen war. Auch diesmal sind viele Lohnbewegungen zu verzeichnen, die fast alle mit — wenn auch geringen — Angehörigen der Unternehmer endeten. Alle diese Bewegungen werden aber überschattet durch die drei großen Kämpfe der letzten Monate: die Ausperrung in der rheinischen Textilindustrie, den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und die Generalausperrung in der deutschen Tabakindustrie. Uebersieht man die Gesamtheit der Arbeitskämpfe der letzten Zeit, so lassen sich folgende Beobachtungen feststellen: vermehrter Aktivismus der Arbeiter steht eine ungeheuer vermehrte Kampflust der Unternehmer gegenüber, winzige Teilsfreis werden

mit der Gesamtausperrung einer ganzen Industrie beantwortet — die neugegründeten Besatzungsgemeinschaften sollen ihre erste Besatzungsprobe ablegen! Erfolge der Arbeiter sind nur dort zu erzielen, wo in den Kampf eingetreten wird; aber auch dann bleiben die Erfolge verhältnismäßig bescheiden, weil die Verbindlichkeitserklärung die volle Auswertung des Sieges der Arbeiterkassette nicht gestattet. In der rheinischen Textilindustrie brach der Kampf Mitte Oktober aus durch den Streik von 4000 Arbeitern wegen folgender Forderungen: Erhöhung der Zeit- und Akkordlöhne um 20 Proz., gleiche Lohn für Frauen und Männer bei gleicher Leistung. Die Unternehmer antworteten mit der Ausperrung aller Textil- und Bekleidungsarbeiter des Bezirks, wobei sie durchblicken ließen, daß dies die letzte Bezirksausperrung sei; von nun an sollten stets alle in der Fabrikgemeinschaft vereinigten Unternehmer der ganzen Industrie eingreifen. Der Schiedspruch bewilligte eine Lohnerrhöhung von 10,5 Proz., erhöhte die Akkordspanne von 12 1/2 auf 15 Proz., die Angleichung der Frauen wurde überhaupt nicht berührt. Die Verhandlungsleiter stellten sich auf den Standpunkt, „daß es nicht Sache der Schlichtungsinstanzen sei, jeden Kampf abzuwürgen“ (Der Textilarbeiter); sie lehnten den Spruch ab, er wurde aber für verbindlich erklärt. — Wehrlich wirkte sich die Verbindlichkeitserklärung für die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter aus, hier handelte es sich um den ersten riesigen Streik seit Jahren, der die gesamte Öffentlichkeit Deutschlands wochenlang in Atem hielt. Eine unter den erbärmlichsten Lohnverhältnissen leidende Arbeiterkassette, die in wahren Elendsquartieren dahinsiecht, verlangt eine Mehrbezahlung von 80 Pf. pro Schicht (bisher 4,13 bis 5,57 Mt. bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit!) Der heldenhafte Kampf endet mit einem Erfolg — noch im Juli hatten die Unternehmer einen Schiedspruch mit dreiprozentiger Erhöhung als untragbar abgelehnt —, aber doch nur mit einem halben Erfolg. Statt der geforderten einheitlichen Erhöhung von 80 Pf. pro Schicht erhalten die Arbeiter nur 60 Pf., und dies nur für die höchstbezahlten Kernreviere, die schlechter bezahlten erhalten prozentual weniger.

Die Löhne der Zigarrenarbeiter sind die kleinsten in ganz Deutschland. Nach einer amtlichen Statistik betrug der Durchschnittsbruttolohn 1926 pro Woche 19 Mt.; Löhne von 12 bis 14 Mt. sind keine Seltenheit; in Hessen zum Beispiel, wo 95 Proz. aller Zigarrenhersteller Frauen sind, gibt es Bruttolohnlöhne von 9,12 Mt.! Das Elend in den Tabakorten findet eine Parallele nur noch in den berüchtigsten Weberdörfern Schlesiens, die zu den Weberaufständen geführt haben. Eine Industrie, die nur bei solchen Hungerlöhnen existieren zu können behauptet, ist eben überhaupt nicht existenzfähig und wird sich vollkommen umorganisieren müssen.

Industrie, Produktion und Selbstkosten.

Das Internationale Arbeitsamt hat in den „Informations Sociales“ auf Grund zahlreicher russischer Unterlagen Angaben über die augenblickliche Lage der Industrie in Sowjetrußland veröffentlicht. In der Industrie sind mehr als zwei Millionen Arbeiter beschäftigt. Innerhalb 18 Monaten, und zwar vom 1. Oktober 1925 bis 1. April 1927 ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um neun Prozent gestiegen, die Gesamtproduktion um 26 Proz., und die durchschnittliche Arbeitsleistung des Arbeiters um 20 Proz. Die Steigerung des Nominallohnes betrug in diesem Zeitraum 15 Proz., während die Lebenskosten im gleichen Zeitraum um 10 Proz. gestiegen sind.

In der Textil- und der Petroleumindustrie nähert sich die Erzeugung ihrem Vorkriegsstande, während sie im Steinkohlenbergbau diesen Stand bereits überschritten hat. Dagegen liefert die Metallindustrie kaum mehr als 50 Proz. der Produktion im Jahre 1913.

Trotz der im Durchschnitt erzielten Produktionssteigerung ist die Staatsindustrie gezwungen, ihre Produktion zu intensivieren, um den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Der Vorstehende des obersten Wirtschaftsrates erklärte zu dieser Frage: „Das wichtigste Problem der russischen Sowjet-Republik ist die Industrialisierung des Landes. Sie hängt vollständig von der Herabsetzung der Gestehungskosten ab und wird auch in Zukunft mehr und mehr davon abhängen.“ Nach Ansicht der Leiter der Staatsindustrie sind die außerordentlichen Produktionskosten auf folgende Ursache zurückzuführen: Hohe Preise und schlechte Beschaffenheit der Rohstoffe, hohe Preise für die Baustoffe, die hohen Eisenbahntarife sowie die verhältnismäßig hohen Steuern und die verhältnismäßig hohen Kosten für die Arbeitskräfte. Der Rat für Arbeit und Verteilung hat in einer zu dieser Frage angenommenen Entschliebung erklärt, es sei notwendig, daß der oberste Wirtschaftsrat nach Maßgabe des Fortschritts der technischen Verbesserung der Produktionsmittel darauf achten soll, die Selbstkosten für die Arbeitskräfte herabzusetzen.

möglich, dann muß der Verunglückte mit Holzlampen, isolierenden Unterlagen usw. aus dem Gefahrenbereich gebracht werden. Die Berührung der Leitung und des Verletzten mit bloßer Hand ist dabei zu vermeiden. Die künstliche Atmung soll ohne Gerät oder Sauerstoff, nur nach dem Verfahren von Selvester, vorgenommen werden. Der Bewußtlose ist flach hinzulegen, sein Kopf stark zur Seite zu drehen unter die Schulter ist ein Polster (Haut) zu legen, damit der Kopf etwas tiefer liegt. Die Zunge ist zu lockern, damit sie nicht den Luftweg behindert; künstliche Gebisse, Kautabak und dergleichen sind aus dem Munde zu entfernen. Der Helfer kniet hinter dem Kopf des Verletzten, diesem das Gesicht zwendend. Er erfährt die beiden Arme des Verunglückten oberhalb der Ellenbogen und führt sie langsam über dessen Kopf bis ungefähr zum Erdboden (Einatmung). Nach 2 Sekunden führt der Helfer beide Arme in derkleinen Weite auf den Brustkorb zurück und drückt ihn kräftig zusammen (Ausatmung). Beide Vorgänge müssen ungefähr 15 mal in der Minute wiederholt werden. Falls durch andere Einwirkungen Brustkorb, Schultern oder Arme verletzt sind, muß anders verfahren werden. Aber nur in diesen Fällen darf nach der folgenden Methode gearbeitet werden. Man bewerkstelligt die Atmung durch abwechselndes Drücken und Loslassen des Bauches nach den Rippen zu, etwa 15 mal in der Minute.

Die künstliche Atmung muß stundenlang fortgesetzt werden, zumindest jedoch so lange bis der Arzt eintrifft.

Aus Rußland.

Der Haushalt eines gelehrten Arbeiters.

Das arbeitsstatistische Amt der Stadt Moskau hat im ersten Vierteljahr 1927 eine Erhebung über die Haushaltrechnungen von 98 Familien gelehrter Arbeiter in Moskau mit insgesamt 445 Personen durchgeführt. Auf die Familie entfallen im Durchschnitt 4 1/2 Personen, davon drei Erwachsene. Die Ergebnisse der Erhebung sind aus nachfolgender Uebersicht ersichtlich:

Durchschnittshaushalt A) einer Familie: B) eines Erwachsenen

Einkommen in Tschernowrubeln	A	B
Lohn des Haushaltsvorstandes	91,17	30,41
Andere Einkünfte des Haushaltsvorstandes	3,53	1,18
Löhne der Familienmitglieder	24,92	8,31
Andere Einkünfte der Familienmitglieder	3,31	1,11
Kredite, Darlehen, Verkauf von Gegenständen	18,29	4,41
Andere Einkünfte	6,46	2,29
Insgesamt	143,02	47,71

Ausgaben in Tschernowrubeln	A	B
Wohnung, Heizung, Beleuchtung	12,50	4,17
Lebensmittel	59,10	19,72
Tabak und Alkohol	6,01	2,01
Bekleidung	29,37	9,90
Gesundheitspflege	1,41	0,47
Bekleidung, Theater, Konzerte, Kino	3,50	1,17
Beiträge für Gewerkschaften und Kommunistische Partei	3,16	1,04
Rückzahlung von Darlehen und Anleihen, Rückkauf v. verpfändeten Gegenständen	8,53	2,94
Verdientenes	19,14	6,39
Insgesamt	143,02	47,71

Bei einer Umstellung dieser Angaben ergibt sich, daß der Lohn des Haushaltsvorstandes ungefähr 64 Proz., und die Löhne der anderen Familienmitglieder 16 Proz. des gesamten Einkommens der Familie betragen. 9 bis 10 Proz. des Einkommens entfallen auf Anleihen, Verkauf von Gegenständen usw. Unter den Ausgaben stehen die Lebensmittel mit

44,7 Proz. an erster Stelle. Wenn man dazu die 4,5 Proz. für Tabak und Alkohol rechnet, ist damit etwa die Hälfte der Ausgaben erreicht. Auf Bekleidung entfallen 22,2 Proz., auf Wohnung einschließlich Heizung und Beleuchtung 9,5 Proz. Für Ausbildung und Erholung werden nur 2,7 Proz., und für Gesundheitspflege nur 1,1 Proz. ausgewandt, 6 Proz. entfallen auf die Rückzahlung von Darlehen und die Bezahlung von Schulden in einzelnen Geschäften oder den Konsumgenossenschaften.

beimessen. Und er weiß auch aus Geschäftsdarstellungen, wie vieleicht Spenglers „Untergang des Abendlandes“, welche hohe Kultur, welche Millionenstädte hier nach Einbringen des weichen Elements im 16. Jahrhundert ernennt worden sind und in neuerer Zeit ihrer Aufzestigung aus den Trümmern der Vergangenheit entgegensehen.

Aber das Buch, das aus dem Willen des Fachtenners, aus dem intimen Erleben des Anfassigen, aus dem glühenden Geist eines Dichters heraus geschrieben ist, und das mit reichstem Bildermaterial und der Gestaltung eines sozialistischen Kampfers den ganzen Zauber einer wunderbaren Natur in Einheit mit soziologischer Durchdringung darzustellen versteht, hat bisher geistigt.

Die Büchergilde Gutenberg bringt es jetzt heraus. B. Trauen schrieb es, Trauen hat sich mit seinen Büchern „Das Tolentstiff“, „Der Wobbin“, „Der Schatz der Sierra Madre“ einen Namen gemacht, der an Klang nicht mehr hinter dem eines Jack London zurückbleibt, ja, ihn — was am Ende verständlich ist — durch Gegenwartsnähe zuweilen übertrifft. Dieses neue Buch Trauens „Land des Frühlings“, mit 140 Originalaufnahmen und 27 Bogen Text, von dem der Verfasser selbst sagt: „Ich hoffe, daß es mir gelangt, zu zeigen, daß der Indianer lebt und daß er begonnen hat, in der Weltpolitik mitzusprechen und... ich das noch anzunehmen, daß mein Buch das erste Buch eines Reiseforschers ist, das aus der Gesichtswelt des modernen Proforsiers heraus erfährt und geschrieben wurde“, wird, wie selten ein Werk, dem dankenden und kämpfenden Menschen der aufsteigenden Klasse Leben und Mitgefühl auf seinem schwerem Wege sein. Zum Preise von 4,50 Mt. ist dieses Werk von der „Büchergilde Gutenberg“, Berlin SW 61, Dreieckstraße 9, wenn man Mitglied dieser Buchgemeinschaft geworden ist, zu beziehen.

die ihr aus Büchern wie Coopers Lederstrumpf in Gestalten wie Utras, Chingachgout und Magua, dem schlauen Fuchs, lebendig sind. Sie vergessen oder wissen nicht, daß das sogenannte Latein-Amerika, d. h. die Länder von Mexiko bis jenseits des Amazonasstromes in Südamerika gleichfalls Indianerbevölkerung haben, und zwar eine so europäische Element an Zahl überwiegender, die ganz und gar nicht auf dem Aussterbede steht. Aber nicht einmal für die nordamerikanischen und kanadischen Indianer trifft die Auffassung zu; sie wären in völligem Aussterben begriffen. Die Zählungen ergeben, haben sich die nordamerikanischen Indianer von rund 270 000 im Jahre 1900 auf rund 350 000 im Jahre 1925 vermehrt. Und auch bei den Indianern, die in den sogenannten „Migrationsländern“ Kanadas leben, wird eine starke Zunahme festgelegt. Immerhin bleibt freilich Tatsache, daß in diesen Gebieten der amerikanischen Welt der Indianer gegenüber den Weißen kein auch nur im geringsten Maß in die Wege fallendes Element besteht. Anders aber liegt es in Latein-Amerika. Mit einigen Erichtanen haben Latien fünglich amerikanische und diehtig gefällige Nachrichten von Indianerfossilien in Bolivien gelesen. Einen noch größeren Raum nehmen jetzt aber schon in allen größeren Zeitungen Nachrichten über die Indios in Mexiko ein. Hier sind es besonders Meldungen einmal über die freihetlich soziale Haltung der mexikanischen Regierung unter ihrem Präsidenten Calles, über schwere Auseinandersetzungen auch zwischen ihr und der katholischen Kirche im Lande, bei denen die Kirche nicht scheut, mit gemietetem Banitentum zu kämpfen; und zweitens: Warmnachrichten über Einmischung des am mexikanischen Petroleum interessierten Großkapitals der Vereinigten Staaten. Aber sich ein wenig in der deutschen Gegenwartsliteratur über Mexiko zusammen, weiß aus Schriften von Colin Rath, Matbas Sobchimbil u. a., welche enorme Wichtigkeit sie als dem „Erwachen der Indio“

